

Frau Bundesministerin  
Dr. Karin Kneissl  
Bundesministerium für Europa, Integration  
und Äußeres  
Minoritenplatz 8  
1014 Wien

## ● Informeller Rat am 14. September 2018: Mehrjähriger Finanzrahmen

Wien, 12. September 2018

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

am 14. September findet der informelle Rat für Auswärtige Angelegenheiten/Entwicklung statt, bei dem auch der Mehrjährige Finanzrahmen (MFF) besprochen wird. Als Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären NGOs in Österreich begrüßen wir die Erhöhung der Mittel, möchten jedoch einige Anliegen zur Rubrik VI „Nachbarschaft und Welt“ innerhalb des MFF 2021-2027 insbesondere zum vorgeschlagenen Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit (Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument, NDICI) einbringen.

### **Ziele und Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit der EU**

Der vorliegende Entwurf des vorgeschlagenen Instruments für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit berücksichtigt die Prioritäten der EU in der Entwicklungszusammenarbeit noch nicht ausreichend. Zentrale politische Vorgaben wie der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik und die Aid effectiveness Prinzipien werden in diesem Instrument in der Einleitung zwar erwähnt, aber nicht als Leitlinien für die Umsetzung und Programmierung verwendet. Separate und verbindliche Benchmarks etwa für die menschliche Entwicklung und für gender sowie ein höherer Benchmark für Klimawandel und Umwelt fehlen darüber hinaus. Außerdem sollten für den Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung Plus (EFSD+) die Safeguards in den Bereichen Entwicklung, Umwelt und Menschenrechte gestärkt werden, damit der Fonds tatsächlich zur Erfüllung nachhaltiger Entwicklungsziele beitragen kann.

### **Mittelzuweisungen**

Unserer Ansicht nach entspricht die vorgeschlagene Zuweisung der Mittel nicht den Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrem vorrangigen Ziel, der Armutsbekämpfung.

Die vorgeschlagenen Mittelzuweisungen sind geografisch ungleich verteilt, wobei die Nachbarschaft und Afrika gegenüber anderen Regionen wie Asien-Pazifik, die Karibik und Lateinamerika Vorteile erfahren. Allerdings ist auch die Mittelzerhöhung für die Nachbarschaft und Afrika begrenzt. Es ist – insbesondere mit Blick auf die steigende Bedeutung von Investitionsfazilitäten wie dem EFSD+ – unklar, inwiefern Länder mit niedrigem Einkommen in diesen Regionen vorrangig behandelt werden.

Die Mittel für die thematische Säule haben deutlich abgenommen, wodurch wenige Ressourcen für Maßnahmen zu globalen Herausforderungen für die Menschen, den Planeten, den Wohlstand und Partnerschaften zur Verfügung stehen. Das Instrument Stabilität und Frieden wurde als einziges deutlich erhöht. Die Mittel für die thematische Säule sollten insgesamt deutlich erhöht werden.

Die Tatsache, dass 10,2 Milliarden Euro neu entstehenden Herausforderungen und Prioritäten gewidmet wurden, zeigt deutlich, dass der Flexibilität Vorzug gegenüber Vorhersehbarkeit und langfristiger Entwicklung gegeben wird. Es bleibt unklar, wie diese Mittel gesteuert und überwacht und anhand welcher Kriterien sie vergeben werden. Es fehlen Safeguards, um sicherzustellen, dass die Mittel nicht anderen Zwecken und Zielen dienen werden.

### **Privatsektor in der Entwicklungszusammenarbeit**

Das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit schlägt vor, die Mittel für Garantien und Blending deutlich zu erhöhen, was eine stärkere Rolle für den Privatsektor in der Entwicklungszusammenarbeit ermöglicht. Die Höhe der Mittel, die über diese Investitionen vergeben werden sollen, ist im Entwurf jedoch nicht klar benannt. Das ist problematisch, eine klare Obergrenze sollte definiert werden. Auch wenn der Privatsektor neue Möglichkeiten eröffnen kann, sollte anerkannt werden, dass die zunehmende Beteiligung des Privatsektors auch Risiken birgt und dass andere, erprobte und effektive Kanäle und Modalitäten in der Entwicklungszusammenarbeit der EU genauso wichtig oder sogar wichtiger sind, um die Ziele des Instruments (NDICI) zu erreichen.

Der Europäische Fonds für nachhaltige Entwicklung wurde noch nicht evaluiert. Es ist noch nicht sicher, ob der Fonds entwicklungspolitische Wirkung zeigt. Vor einer Erhöhung der Mittel für den EFSD+ sollte der bestehende EFSD daher evaluiert werden. Das Instrument sollte im nächsten MFF nur dann ausgeweitet werden, wenn eine Evaluierung belegt, dass das Instrument zur Erreichung der Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie deren Prinzip „Leave no one behind“ beiträgt, dass es menschenrechtliche Verpflichtungen erfüllt, Wirksamkeitsprinzipien einhält, Maßnahmen zum Klimaschutz fördert und Geschlechterungleichheiten reduziert. Die Unterstützung des Privatsektors sollte gleichberechtigte und umweltverträgliche Geschäftsmodelle in den Mittelpunkt stellen, die ArbeiterInnen und UnternehmerInnen vor Ort dienen. Auswirkungen auf die Entwicklung vor Ort müssen Vorrang vor Renditen haben. Es muss sichergestellt werden, dass Mittel der EU, die die Lebensumstände der Bevölkerung in Partnerländern verbessern sollen, nicht als Subventionen für europäische Unternehmen genutzt werden.

In der Beilage finden Sie eine detaillierte Analyse des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit (NDICI) und der thematischen Programme.

Wir ersuchen Sie um die Berücksichtigung der dargelegten Anliegen sowohl beim informellen Rat als auch bei den daraus resultierenden Entscheidungen und stehen im Falle von Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



Mag. Annelies Vilim  
Geschäftsführerin  
AG Globale Verantwortung

### **Beilage:**

CONCORD Analysis of NDICI and of Thematic Programmes in the Future EU External Instrument